

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/020(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag,  25.04.2006	Altes Rathaus, Hansesaal	16:30Uhr	18:45Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.03.06
- 4 Vorstellung des Vereins "Inklusives Lernen und Arbeiten"
- 5 Anfragen und Mitteilungen
- 5.1 Information zur Vergabe der Sportfördermittel
- 6 Informationen
- 6.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2005  
Vorlage: I0073/06
- 6.2 Sanierungskonzept "Bestandssichere Schulanlagen"  
Vorlage: I0072/06
- 7 Anträge
- 7.1 Kleider machen Schule  
Vorlage: A0043/06
- 7.1.1 Kleider machen Schule  
Vorlage: S0060/06

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Gunter Schindehütte

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

**Beratende Mitglieder**

Stadtrat Thorsten Giefers

Stadtrat Michael Stage

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

Sachkundige Einwohnerin Sabine Wölfer

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Jens Rösler

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 5 SR'n/SR fest. Ab 16.50 Uhr sind 6 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. SR Dr. Schmidt ist entschuldigt.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt. Es gibt keine Änderungswünsche.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.03.06

---

Das Protokoll der Sitzung vom 21.03.06 wird mit dem Abstimmungsergebnis **4 : 0 : 1** bestätigt.

### 4. Vorstellung des Vereins "Inklusives Lernen und Arbeiten"

---

SR Schindehütte begrüßt die Vertreter des Vereins „Inklusives Lernen und Arbeiten“ e. V. Der Initiativ-Verein bat um die Vorstellung seines Konzeptes im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses BSS.

Der Vorsitzende des Vereins, Herr Jörg Möbius, stellt sich den Ausschussmitgliedern vor. Er erläutert das Anliegen des Vereins, der im September 2005 gegründet worden ist. Ziel ist die Bildung einer „öffentlichen inklusive Montessorischule für jedes Kind“. Die Mitglieder des Vereins möchten das Konzept an einer staatlichen Schule umsetzen.

Als zweite Vorsitzende des Vereins stellt sich Frau Cornelia Stähr-Göbel vor. Sie berichtet über bisherige Kontaktaufnahmen und geführte Gespräche u. a. mit den Schulleitern der GS „Am Hopfengarten“ und der Hugo-Kükelhaus-Schule. Weiterhin gab es aus Sicht des Vereins positive Gespräche auf Landesebene mit den bildungspolitischen Sprechern von CDU, SPD, PDS, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie mit dem Kultusministerium, dem Landesverwaltungsamt, Behindertenverband und der Stadtverwaltung. Kontakt wurde auch mit einer integrativen Schule in Göttingen aufgenommen.

Frau Stähr-Göbel informiert über die Säulen des Konzeptes und Bausteine des Unterrichtes. Herr Möbius erklärt auf Anfragen des Ausschusses, dass der Verein künftig den Schulförderverein unterstützen will.

Herr Krüger, FBL 40, führte kürzlich ein Gespräch mit dem Schulleiter der H.-Kükelhaus-Schule und teilt dazu mit, dass die Schule einen Modellversuch „Inklusives Lernen und Arbeiten“ durchführen möchte. Er kann jedoch nicht einschätzen, ob der Modellversuch angenommen wird, da die Eltern darüber entscheiden werden.

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, bietet an, alle Handelnden zu einer Gesprächsrunde in seine Diensträume einzuladen, um das Projekt nach den umfangreichen Vorgesprächen voranbringen zu können.

SR Schindehütte weist auf ein Gespräch mit Herrn Prof. Hinz von der M.-Luther-Universität Halle hin. Prof. Hinz hat seine Teilnahme an einer ersten Beratung zugesagt; die Einladung hierzu müsste durch den Bg IV erfolgen.

## 5. Anfragen und Mitteilungen

---

- SR Müller merkt an, dass er seine Frage aus der Februar-Sitzung zu den Gebühren der Dreisprachigen Grundschule mit der dem Protokoll beigefügten Kopie des Antwortschreibens der Ev. Stiftung nicht beantwortet sieht. Seine Frage galt nicht der Verfahrensweise zum möglichen Erlass von Gebühren, sondern der Anzahl der betroffenen Schüler.  
Der FBL 40 weist darauf hin, dass die Freien Träger nicht zur Auskunftserteilung verpflichtet sind.  
Der Ausschussvors. bittet SR Müller, selbst Kontakt zur Dreisprachigen GS aufzunehmen.
- SR Löhr fragt nach dem Stand der Fusionierung der kommunalen Gymnasien, hierzu sollte lt. Aussage der Verwaltung in der letzten Sitzung am 07.03.06 ein Gespräch beim KM stattfinden. Herr Krüger, FDL 40, teilt vorab mit, dass die zu schließenden Gymnasien als Außenstelle geführt werden sollen. Das verbindliche Schreiben hierzu liegt der Verwaltung noch nicht vor.  
SR Schindehütte erinnert an die Klärung personeller Fragen für die Schulsekretärinnen der Förderschulen.
- Frau Andrae, FB 40, informiert über einen Vor-Ort-Termin am gleichen Tage im A.-Einstein-Gymnasium mit der Feuerwehr und dem KGM. Es ging um die Aufstellung von Schulschließfächern. Danach ist es Voraussetzung, ein geändertes Brandschutzkonzept zur Genehmigung beim Bauordnungsamt einzureichen. Das KGM erarbeitet dieses Konzept und unterrichtet den Ausschuss BSS über das Ergebnis.
- Frau Andrae übermittelt dem Ausschuss den Vorschlag der Leiterin des Förderzentrums Nord, evtl. in der Juni-Sitzung die bisherigen Arbeitsergebnisse vorzustellen.  
Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu. An der Sitzung sollen gleichzeitig die anderen Förderzentren teilnehmen können. Des Weiteren stellt die Verwaltung erste Ergebnisse der Arbeit der Schulsekretariate der Basisförderschulen dar.
- Frau Andrae greift die Frage zurückliegender Sitzungen nach der sehr geringen Teilnahme an den Wahlen zum Stadtschülerrat auf. Die Recherche hat ergeben, dass von 50 Einrichtungen lediglich 20 eine Rückmeldung gegeben haben.  
SR Schindehütte empfiehlt, dem Landesverwaltungsamt dieses Ergebnis mitzuteilen.  
Die Vertreterin des Stadtschülerrates vermutet bei einigen Einrichtungen die nicht erfolgte Weitergabe durch die Schulsekretariate. Herr Krüger möchte in diesem Fall die namentliche Nennung der Schulen durch den Schülerrat erhalten, ansonsten könne die Verwaltung nicht reagieren.
- SR Canehl stellt folgende Anfrage an die Verwaltung:  
„Ist es richtig, dass bei der Modernisierung der Gebäude der IGS „Willy Brandt“ in der letzten Phase aus Kostengründen teilweise die Deckendämmung unterblieben ist?  
In wie viel Klassenräumen sind keine Schallschutzdecken angebracht worden?  
Welcher Kostenaufwand wäre heute erforderlich, um die Nachrüstung vorzunehmen?“  
Er bittet um schriftliche Antwort.

## 5.1. Information zur Vergabe der Sportfördermittel

---

Frau Richter, FDL 40, informiert über die Sportfördermittelvergabe am 03.04.06. Teilnehmer waren die Stadträte Schindehütte und Müller, der Geschäftsführer des Stadtsportbundes Herr Bremer sowie von der Verwaltung Frau Sturm und Frau Richter. Das Protokoll der Sitzung wurde mit der Niederschrift an die Ausschussmitglieder ausgereicht.

Frau Richter schätzt ein, dass die Kürzung bei den Sportfördermitteln (11.800 EUR) für die Vereine verkraftbar ist; der Schwerpunkt lag im Bereich Bewirtschaftungskosten. Bei den Personalausgaben ist es gelungen, in 10 Vereinen fest eingestellte Personen einzusetzen mit einer Förderung zwischen 30 und 70 %, so dass eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit über einen längeren Zeitraum möglich ist.

SR Heynemann hat sich im Hinblick auf die geplante Schließung der Buckauer Sporthalle in der Fermersleber Sporthalle erkundigt und hinterfragt die Sanierungspläne für den Standort. Frau Richter erklärt, dass die Weiterführung der Sanierung der Judohalle des FSV mit 35.000 EUR aus Fördermitteln erfolgt. Die große Fermersleber Halle wird mit 150.000 EUR 2006 und 200.000 EUR VE 2007 aus städtischen Mitteln saniert. Dort sollen die hygienischen Bedingungen durch Sanierung der Sanitäreinrichtungen verbessert werden.

SR Schindehütte schlägt vor, die Vergabe der Sportfördermittel künftig wieder im Rahmen einer Ausschusssitzung vorzunehmen; die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

SR Müller beantragt Rederecht für die anwesenden Mitglieder der SG Stahl-Nord; der Ausschuss ist mehrheitlich nicht für die Erteilung des Rederechtes. Herr Bremer, Geschäftsf. Stadtsportbund, erklärt, dass evtl. über ein neues Objekt für die SG Stahl-Nord nachgedacht werden müsse, um nicht die Schäden von Hochwasser zu beseitigen, sondern eine Schädigung durch Hochwasser zu vermeiden. Frau Richter bestätigt, dass ihr die Situation bekannt ist und die Verwaltung entsprechende Untersuchungen einleiten wird.

Frau Richter informiert, dass derzeit eine Schadensmeldung der SG Stahl-Nord in Höhe von 1.000 EUR vorliegt. Der Schaden konnte durch den Einsatz der Mitglieder begrenzt werden. Weiter liegt eine Schadensmeldung vom Post SV (Bootshaus Stadtpark, per Bildmaterial zur Kenntnis) vor. Hier beantragen die Mitglieder Materialkosten und wollen in Eigenleistung Wege und Zäune reparieren und Keller zumauern. Der FB 40 prüft, ob und in welchem Umfang dem Verein geholfen werden kann.

## 6. Informationen

---

### 6.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2005 Vorlage: I0073/06

---

Der Behindertenbeauftragte Herr Pischner bringt die Informationsvorlage mit dem Hinweis ein, dass der Jahresbericht analog der vergangenen Jahre aufgebaut und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Der Bericht ist nicht identisch mit der Meinung der Verwaltung.

Herr Pischner führt an, dass die Zahl der Schüler mit Behinderungen nicht geringer geworden ist. Er wünscht sich mehr Unterstützung bei der Begleitung und Betreuung dieser Schüler. Das integrative Lernen sei eher rückläufig, z. B. an den Gymnasien.

Mit Blick auf barrierefreie Zugänge nennt Herr Pischner für den Sekundarschulbereich die Sek. „W. Weitling“ und „T. Müntzer“, hier wurde die Barrierefreiheit weitgehend in den Planungsprozess der Schulsanierung (IZBB-Programm) einbezogen.

Im Zuge der Sanierungen von Schulen über das PPP-Modell müsse im Vorfeld der barrierefreie Umbau für jedes Gebäude geplant und berücksichtigt werden, dass Schulen auch anderweitig, z. B. als Wohllokal, genutzt werden.

Nicht barrierefrei gestaltet sind beispielsweise die beiden IGS. Die Volkshochschule ist nur im Erdgeschoss barrierefrei zugänglich; der künftige neue Standort (evtl. Leibnizstraße) müsse die Bedingungen einer behindertengerechten Nutzung erfüllen.

Zufrieden ist der Behindertenbeauftragte mit der Regelung, dass die Plätze für Behinderte im neuen Fußballstadion auf der Haupttribüne integriert werden.

SR Heynemann erfragt die Situation der Schüler mit geistiger Behinderung bezüglich der Hortbetreuung. Herr Pischner weist hier auf eine feste Betreuungsstruktur in 3 Förderschulen hin. Zur Frage des SR Schindehütte bezüglich individueller integrativer Betreuung (S. 9) erklärt Herr Pischner, dass nach seiner Meinung mit der Pauschale der Betreuungsschlüssel besser geplant werden kann als mit individuellen Kosten für das jeweilige Kind.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich ausdrücklich bei dem Behindertenbeauftragten für die umfangreiche Berichterstattung.

Der Ausschuss BSS nimmt die I 0073/06 **zur Kenntnis**.

## 6.2. Sanierungskonzept "Bestandssichere Schulanlagen" Vorlage: I0072/06

---

Herr Krüger, FBL 40, bringt die Informationsvorlage kurz ein und führt an, dass sich die Prognosen der Verwaltung bezüglich der Schülerzahlen weitgehend bestätigt haben.

Der Ausschuss BSS nimmt die I 0072/06 **zur Kenntnis**.

## 7. Anträge

---

### 7.1. Kleider machen Schule Vorlage: A0043/06

---

SR Giefers begründet den Antrag seiner Fraktion. Inhaltlich geht es um Unterstützung der Schulen bei Interesse an der Einführung von Schulkleidung, nicht um den Kauf der Kleidung.

SR'n Dr. Hein schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag an. Es geht um die Definition einer Imagekampagne, es könnten allenfalls die Schulen angeschrieben werden.

Dr. Koch, Bg IV, sieht im Antrag einen Widerspruch; auf der einen Seite Zwangskollektivierung, auf der anderen Seite das Freiwilligkeitsprinzip, Lehrerschaft und Schülervvertretungen müssten befragt werden. Die Durchführung im Sinne der Freiwilligkeit könne nur funktionieren gemäß der Stellungnahme der Verwaltung hierzu. Ein Schreiben des Oberbürgermeisters an die Schulen hält er für den falschen Weg.

SR Müller merkt an, dass bei den aufgeführten Kosten nur ein Teil der Schulkleidung genannt ist bzw. dann nur teilweise einheitliche Kleidung getragen werden würde.

SR Canehl kann dem Antrag zzt. noch nicht zustimmen.

Nach Meinung des Vertreters des Stadtelternrates, Herrn Dr. Hentrich, sind Antrag und Stellungnahme zu hoch angesiedelt. Es gehe nicht um komplette Schulkleidung, sondern um die Identifizierung der Schülerinnen und Schüler mit ihrer Schule. Aus Sicht des Stadtelternrates ist die Ausstattung mit Schulkleidung nicht kostenneutral, es wird zusätzlich Geld kosten. Er gibt den Hinweis auf Kataloge und Firmen, die Schulkleidung komplett mit Logo anbieten (u. a. unter [www.schuloutfitter.de](http://www.schuloutfitter.de)). Unterstützung könnten z. B. Fördervereine geben.

SR Heynemann hat im Grunde Sympathie für den Antrag und führt Länder an, in denen traditionell Schulkleidung getragen wird.

Für Dr. Koch bedeutet der Begriff „Schulkleidung“, in Gänze eine Schulbekleidung zu tragen; lt. Recherche wird nur an 5 öffentlichen Schulen in der BRD einheitliche Schulkleidung getragen.

An einer Reihe privater Schulen wird Schulbekleidung getragen; in anderen Ländern ist dies historisch gewachsen.

SR Giefers ist für eine weitere Behandlung dieser Thematik. Der Ausschuss BSS sollte unterstützend wirksam werden.

Für SR'n Dr. Hein ist die Antragstellung widersprüchlich und die Beschaffung von Schulkleidung nicht kostenneutral.

SR Schindehütte gibt zu bedenken, dass auch an sozial schwache Familien gedacht werden müsse. Er bittet den Ausschuss um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 0043/06: **0 : 4 : 2**

7.1.1. Kleider machen Schule  
Vorlage: S0060/06

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

- Die nächste Sitzung findet am 23.05.06 statt. Da vor dieser Sitzung der Beirat der Volkshochschule tagt, um u. a. das Programm des Herbstsemesters zu beschließen, findet die Sitzung in der VHS, Leiterstraße, statt.  
Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, am 23.05.06 die Drucksache 0129/06 – Eckwertebeschluss für den Haushalt 2007 – zu behandeln.

gez. Schindehütte  
Vorsitzender

gez. Grützner  
Schriftführerin

Hinweis:

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauf folgenden Sitzung.